

Beilage 1547/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Oö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die vollständige Überarbeitung der Vorschläge der Bundesregierung zur Gesundheitsreform

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

1. Der Oö. Landtag ersucht die Oö. Landesregierung, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese ihre Vorschläge zur Gesundheitsreform vollständig überarbeitet und einen neuen Entwurf zur Sicherung der qualitativ hochwertigen Gesundheitsversorgung der österreichischen Bevölkerung vorlegt. Gleichzeitig soll darauf geachtet werden, dass alle Betroffenen bzw. deren Vertretungen die Möglichkeit haben, sich in die Beratungen einzubringen.
2. Der Oö. Landtag appelliert an die oberösterreichischen Abgeordneten zum Nationalrat und zum Bundesrat mit Nachdruck, die zurzeit vorliegenden Vorschläge der Bundesregierung zur Gesundheitsreform abzulehnen.

Begründung

Im Wissen um weitere Bedenken der einzelnen Fraktionen zur geplanten Gesundheitsreform trägt der Oö. Landtag jedenfalls die ablehnende Stellungnahme des Amtes der Oö. Landesregierung zu den Entwürfen des Krankenversicherungs-Änderungsgesetzes und des SV-Holding-Gesetzes, das mit Schreiben vom 27. Mai 2008 dem Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend und dem Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz übermittelt wurde, vollinhaltlich mit.

Die vorliegenden Vorschläge zur Reform des Gesundheitswesens haben zu öffentlichen Diskussionen und massiven Protesten geführt. Die unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags sehen durch den Entwurf der Bundesregierung, der ohne ausreichende Einbeziehung der Betroffenen bzw. deren Vertretungen erarbeitet und einer zu kurzen Begutachtung unterzogen wurde, die bestehende flächendeckende und qualitätsvolle Versorgung der österreichischen Bevölkerung gefährdet und lehnen ihn daher in dieser Form ab.

Die Kritik des Oö. Landtags richtet sich dabei vor allem gegen folgende Punkte:

- Die aut-idem-Regelung gefährdet die Vertraulichkeit des Verhältnisses zwischen Arzt/Ärztin und Patienten/in.
- Den Krankenanstalten entsteht ein erhöhter Verwaltungsaufwand, wenn sie zur Abstimmung der Empfehlung der weiteren Medikation den chef- und kontrollärztlichen Dienst des jeweils leistungszuständigen SV-Trägers zu konsultieren haben.
- Die finanzielle Belastung der Länder und Gemeinden durch die geplante Änderung des Gesundheits- und Sozialbereichs-Beihilfengesetzes in Höhe von 28 bzw. 14 Mio. Euro pro Jahr wird strikt abgelehnt. Laut Berechnung des Amtes der Oö. Landesregierung hätte dies jährlich Mindereinnahmen für das Land

Oberösterreich in Höhe von 4,5 Mio. Euro und für die oberösterreichischen Gemeinden in Höhe von ca. 2,5 Mio. Euro zur Folge.

- Der Entwurf des SV-Holding-Gesetzes sieht nun vor, dass sämtliche Beschlüsse des Vorstands der Zustimmung der Kontrollversammlung bedürfen. Darüber hinaus muss die Kontrollversammlung das Verweigern der Zustimmung schriftlich begründen und diese Angelegenheit kann einer Schlichtungsstelle vorgelegt werden. Dies führt zu einer Aufhebung der Trennung zwischen Geschäfts- und Kontrollkompetenz, sodass die Wirksamkeit der Kontrollinstanz fraglich wird. Außerdem lässt die Konstruktion eines doppelten Beschluss- und eines Schlichtungsverfahrens einen höheren Verwaltungsaufwand befürchten.
- Dass die Versicherungsträger nicht mit Stimmrecht im Verwaltungsrat, dem Verwaltungskörper der SV-Holding, vertreten sein sollen, widerspricht dem vom Verfassungsgerichtshof zur geltenden Verfassungsrechtslage entwickelten Grundsatz der demokratischen Legitimation der Selbstverwaltungsorgane.

Linz, am 10. Juni 2008

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Orthner, Jachs, Weinberger, Frauscher, Lackner-Strauss, Eisenrauch, Hüttmayr, Stelzer, Schürerer, Kiesel, Bernhofer, Entholzer, Mayr, Schillhuber, Steinkogler, Ecker, Aichinger, Weixelbaumer, Brunner, Baier, Pühringer, Hingsamer, Brandmayr, Stanek

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Röper-Kelmayr, Lindinger, Jahn, Affenzeller, Peutlberger-Naderer, Bauer, Chansri, Kraler, Mühlböck, Schenner, Kapeller, Schreiberhuber, Eidenberger, Lischka, Makor-Winkelbauer, Mann, Prinz, Pilsner, Weichsler, Schmidt

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Steinkellner

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Hirz, Schwarz, Trübswasser, Wageneder